

Entgelt, Besoldung und Stellenabbaupläne

dbb rheinland-pfalz auf der Straße

Demo am 15. Februar 2017 in Mainz

Da auch die zweite TV-L-Verhandlungsrunde Ende Januar ergebnislos und vor allem ohne Arbeitgeberangebot beendet wurde, hat der dbb rheinland-pfalz am Mittwoch, dem 15. Februar 2017, im Rahmen eines Warnstreik- und Protesttags eine dbb Demonstration in Mainz durchgeführt.

Knapp 2 000 Teilnehmer versammelten sich auf dem Frauenlobplatz in der Mainzer Neustadt und zogen nach Verpflegung durch das Deutsche Rote Kreuz/Ortsverband Bingen lautstark durch die Stadt zur Kundgebung auf dem Gutenbergplatz.

Das Gros der Demonstranten stellten die Verkehrsgewerkschaft VDStr. und die Deutsche Steuer-Gewerkschaft DSTG. Der Demonstrationszug – an der Spitze eine Abordnung der Rhythmusgruppe Escola de Samba – bewegte sich lautstark zwischen 11 und 12 Uhr über die gesperrte Kaiserstraße und die Große Langgasse.

Die TV-L-Entgelttrunde stand thematisch im Mittelpunkt. Gleichzeitig waren die parlamentarischen Haushaltsberatungen Demonstrationsanlass, bei denen es um den drohenden Abbau von 2.000 Vollzeitäquivalenten an Personal in der Landesverwaltung bis 2020 geht.

Natürlich muss das Tarifergebnis im Rahmen der Einkom-



> Die Demonstranten treffen in der Innenstadt ein.

mensrunde auch zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung und -versorgung im Landes- sowie Kommunaldienst übertragen werden.

Folglich hatten beide Statusgruppen des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz – Arbeitnehmer im Landesdienst sowie Beamte im Landes- und Kommunaldienst – die Möglichkeit, sich auch in aller Öffentlichkeit eindeutig für die gewerkschaftlichen Ziele einzusetzen, die einen im Warnstreik, die anderen im außerdienstlichen Protest.

Der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission und Bundesvorsitzende des VDStr., Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, Siegfried Damm, schickte auf der Abschlusskundgebung

eine deutliche Botschaft an die Arbeitgeber: „Mit dem Mantra ‚Wertschätzung ja, Geld nein‘ werden die Länderchefs nicht durchkommen! Damit haben sie bisher deutliche Fortschritte in Potsdam verhindert, und damit provozieren sie ihre Beschäftigten,



> dbb Landeschefin Lilli Lenz: „Sonntagsreden zur Wertschätzung reichen nicht! Taten müssen folgen!“



> DSTG-Landeschef Stefan Bayer: „Wir wollen, was uns zusteht!“

die Kolleginnen und Kollegen, die heute in Mainz ihren Unmut deutlich unter Beweis gestellt haben.“ In den SWR-Fernsehnachrichten unterstrich Siegfried Damm, dass insbesondere der Straßenwärtendienst immer härter und gefährlicher werde, weshalb die Bezahlung unbedingt mithal-

ten müsse, auch, um Familien abzusichern.

Mit Blick auf die Landesbeamtinnen sagte die Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz: „Wir fordern ein angemessenes, faires Tarifergebnis, das zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten in Land und Kommunen übertragen wird. Das ist eine selbstverständliche Bringschuld des Besoldungsgesetzgebers.“ Sie verwies auf die parallel zur Einkommensrunde laufenden parlamentarischen Haushaltsberatungen, bei denen es um den drohenden Abbau von 2 000 Stellen in der Landesverwaltung bis 2020 geht: „Immer weniger Personal bei ständig zunehmenden Aufgaben und immer mehr Arbeit im öffentlichen Dienst: So geht es nicht! Die Statusgruppen



> VDStrA.-Bundesvorsitzender Siegfried Damm und dbb Landesvize Gerhard Bold (von rechts) heizen der Arbeitgeberseite ein.

Leistungsstark und schlecht bezahlt' – das ist Fakt und das ist ein Skandal!“

Gerhard Bold, stellvertretender dbb Landesvorsitzender, bezeichnete den öffentlichen Dienst als einen der wichtigs-

ten Stabilitätsfaktoren des Gemeinwesens in schwierigen Zeiten: „Jeden Tag zeigen die Beschäftigten, mit welchen Herausforderungen qualifizierte, engagierte Teams fertig werden können. Während aber die Herausforderungen immer größer werden, wächst das Einkommen überhaupt nicht mit.“ Bold bemängelte fehlende berufliche Perspektiven, Fachkräftemangel und schwierige Nachwuchsgewinnung. „Das Land hat es in der Hand. Wir fordern gerechte Bezahlung, einen klaren Tarifaufbau und bessere Rahmenbedingungen, sie sind ein unkomplizierter und wirkungsvoller Motivationsdreiklang, den die

öffentlichen Arbeitgeber schnell anschlagen sollten.“

Für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) forderte deren Landesvorsitzender Stefan Bayer die „allumfassende Wertschätzung unseres Dienstherrn“ ein: „Das heißt insbesondere leistungsgerechte Bezahlung, vernünftige, aufgabenorientierte und zukunftsfähige Personalausstattung sowie das Bekenntnis der Politik zum Beamtentum.“ Dazu zähle auch, das Personal in den Finanzämtern wieder deutlich aufzustocken. Bayer bekräftigte, dass die Einkommensrunde für den dbb erst beendet ist, wenn das zu erzielende Tarifergebnis zeit- und Inhaltsgleich auf die Beamten übertragen worden ist: „Bei sprudelnden Steuereinnahmen muss es doch möglich sein, uns zu geben, was uns zusteht!“

Der starke Auftritt der bunten dbb Familie hat geholfen, im Vorfeld des diesjährigen Abschlusses den Druck auf die Arbeitgeberseite zu erhöhen. Allen Beteiligten und Unterstützern ein herzliches Dankeschön für ihren kollegialen Einsatz!



> Bunte dbb Familie auf dem Gutenbergplatz.

des öffentlichen Dienstes fordern Wertschätzung, und die beginnt mit gerechter finanzieller Teilhabe, denn faire Bezahlung ist kein Almosen!“ Das gelte besonders in Zeiten erschwerter Nachwuchsgewinnung. „Einen leistungsstarken, bürgerorientierten öffentlichen Dienst erhält man nicht durch Stellenabbau und Einkommensrückstand. Wer ausgepresst ist, gibt keinen Saft mehr! „Öffentlicher Dienst:



> Spitze des Demo-Zuges, Straße dicht.



0,- Euro Bezügekonto²⁾ der „Besten Bank“

¹⁾ Für Einzelmitglieder der Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb und ihre Angehörigen; Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.
²⁾ Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice
- ✓ dbb-Vorteil: 30,- Euro Startguthaben¹



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 190 (kostenfrei)
www.bbbank.de/dbb

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Einkommensrunde 2017 im öffentlichen Dienst

TV-L: Tragbarer Kompromiss erreicht

Übernahme auf Besoldung und Versorgung kommt

„Gut, dass sich die Tarifparteien zusammenraufen konnten“, sagte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 18. Februar 2017 zur Tarifeinigung vom Vorabend.

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Landesdienst wird durch das Ergebnis ihre Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung sichergestellt.

„Es handelt sich um ein tragbares Ergebnis. Durch unsere Demo in Mainz am Tag vor der entscheidenden Verhandlungsrunde haben wir der Arbeitgeberseite deutlich gemacht, dass wir kein Verständnis haben für tariftaktische Manöver und politische Vertröstungen“, so Lilli Lenz.

„Wir konnten deshalb am Ende erreichen, dass die Arbeitgeber die gut gefüllten Staatsschattullen doch noch öffnen.“

Die dbb Landeschefin bewertet den Tarifabschluss als vertretbaren Kompromiss: „Die gewerkschaftlichen Forderungen waren fundiert begründet, denn die Staatskassen sind aktuell gut gefüllt. Dem hatten die Arbeitgeber wenig entgegenzusetzen.“

> **Beamtenbesoldung: Zusage zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung begrüßt**

Die nach dem Abschluss erfolgte Zusage von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Finanzministerin Doris Ahnen

für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst wertet der dbb rheinland-pfalz als wichtiges Signal. „Wir fordern die Landesregierung auf, jetzt schnell ein entsprechendes Gesetz auf den Weg zu bringen. Gutes Personal hält und bekommt man nur, wenn man es auch anständig bezahlt“, sagte die dbb Landeschefin.

> **Stellenabbau in der Landesverwaltung**

„Das 1:1-Umklappen des Tarifergebnisses kann aber keine Kompensation für den „Ampel-Plan“ zum Abbau von 2 000 Stellen im Landesdienst sein“, stellte Lilli Lenz klar.

„Ohne vorherige Aufgabenreduzierung kann der öffentliche Dienst weiteren Personalabbau nicht verkraften.“

> **Tarifergebnis**

Am Abend des 17. Februar 2017 einigten sich die Tarifvertragsparteien auf einen Abschluss für den öffentlichen Dienst der Länder: 2 Prozent ab 1. Januar 2017 (mindestens 75 Euro) und 2,35 Prozent ab 1. Januar 2018, strukturelle Verbesserungen ab Entgeltgruppe 9 sowie insgesamt 70 Euro und einen Urlaubstag mehr für Auszubildende bei einer Laufzeit von zwei Jahren lautet der in der dritten Verhandlungsrunde gefundene Kompromiss. Weitere Infos im Netz unter www.dbb.de. ■

SPD-Landtagsfraktion und dbb rheinland-pfalz

Doppelhaushaltsentwurf und Personallage im Brennglas

Tarifübernahme für Beamte und Versorgungsempfänger entsprechend der finanziellen Möglichkeiten

Mit der SPD-Fraktion im Landtag traf sich die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz Ende Januar in Mainz zum konzentrierten Austausch über den aktuellen Doppelhaushaltsentwurf 2017/2018 sowie den darin bereits angelegten Abbau von 2 000 Stellen in der Landesverwaltung.

> **Kontroverse: Stellenabbau**

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Schweitzer stellte

klar, dass angesichts der verfassungsrechtlich vorgegebenen Schuldenregel und des rund 40-Prozent-Anteils der Personalkosten am Gesamthaushalt der Personalbestand nicht außen vor bleiben könne. Die Diskussion über das „Wie“ werde aber über die gesamte Legislaturperiode stattfinden und nicht nur mit Blick auf den aktuellen Haushaltszeitraum. Die „Ampel-Koalition“ verfolge keine überproportionale Belastung des öffentlichen Dienstes, sondern arbeite mit Maß und

Ziel an der Konsolidierung des Landeshaushaltes. Ein Sparen nach „Schema F“ werde es mit der SPD-Fraktion nicht geben, da die Haushaltspolitiker der Fraktion die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen derzeit detailliert prüften. Wertschätzung für die öffentlich Beschäftigten sei wichtige Maxime der „Ampel-Koalition“.

Die SPD-Haushaltspolitiker vertraten die Meinung, dass der dbb rheinland-pfalz sehr

früh in die Koalitionsplanungen zum Stellenabbau eingebunden worden sei, nämlich noch vor dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber. Über das „Ob“ des Stellenabbaus könne man angesichts der verfassungsrechtlichen Schuldenregel nicht diskutieren. Im Sinne einer guten Personalentwicklung müsse es im Landesdienst personellen Zuwachs und personellen Abbau geben. Die Koalitionäre hätten politische Schwerpunkte gesetzt, in denen verhältnismäßig gerin-

gerer Personalabbau erfolgen solle wie zum Beispiel im Bereich Schulen und Innere Sicherheit.

Die Landesvorsitzende Lilli Lenz antwortete, dass der dbb rheinland-pfalz bis in die kleinste Verwaltungssparte Praktiker aus den Mitgliedsorganisationen vermitteln könne, die ihr Handwerk verstehen und eine realistische Einschätzung auch in Bezug auf die Personalausstattung geben können.

Das von den Stellenabbauplanungen bis 2020 betroffene Personal ziehe in weiten Teilen häufig eine Verbindung zu den hervorragenden Leistungen des öffentlichen Dienstes in der zurückliegenden Hochphase des Asylbegehrendenzustroms und empfinde angesichts des dadurch nicht gerade kleiner gewordenen Pensums „normaler“ Arbeit im öffentlichen Dienst die in Aussicht gestellten Personalkürzungen als Affront.

Pauschale Einsparungen nur auf dem Rücken des Personals im Landesdienst dürfe es angesichts stetig steigender Aufgaben und gleichzeitig bereits



Stellvertretende dbb Landesvorsitzende Elke Schwabl, Thomas Wansch (Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags), stellvertretender dbb Landesvorsitzender Gerhard Bold, Dr. Anna Köbberling (finanzpolitische Fraktionssprecherin), dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz, Alexander Schweitzer, (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Dr. Denis Alt (wirtschaftspolitischer Fraktionssprecher) (von links)

erfolgreicher Personaleinschnitte nicht geben. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verdienen gesteigerte Wertschätzung, ihr Motivationsniveau müsse unbedingt auch monetär gesichert werden. Die Regierungskoalition dürfe nicht schwarz-weiß denken, erforderlich sei eine Politik mit Augenmaß und klaren Details.

► Einkommensrunde und TV-L-Übernahme

Auf die gewerkschaftliche Forderung nach zeit- und inhalts-

gleicher Übernahme des Tarifergebnisses für den öffentlichen Landesdienst auf die Statusgruppe der Beamten und Versorgungsempfänger beim Land und den Kommunen antwortete SPD-Fraktionschef Alexander Schweitzer, dass die klare Festlegung im Koalitionsvertrag den starken politischen Willen der SPD definiere, den Tarifabschluss im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu übernehmen.

Darauf entgegnete die dbb Landeschefin Lilli Lenz: „Wo ein

Wille ist, muss wegen der aktuell guten Einnahmesituation und dem ersten Haushaltsüberschuss seit 1969 auch ein Weg sein.“

► Dauerbrenner Nachwuchsgewinnung

Zum Themenkomplex „Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst“ waren sich die Gesprächsteilnehmer einig, dass Besetzungsschwierigkeiten übergreifend zunehmen. Dass Einstellungsstandards gesenkt werden müssten, sei keine gute Entwicklung. Abwanderungsbewegungen in Nachbarbundesländer und zu anderen Arbeitgebern/ Dienstherren seien monetär motiviert.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion verfügt das Land über extrem starke Arbeitsmarktdaten, woran man ablesen könne, dass potenzieller Nachwuchs für den öffentlichen Dienst von anderen Branchen „abgesaugt“ werde. Der öffentliche Dienst könne punkten mit der guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Gespräche sollen fortgesetzt werden. ■

Grünen-Landtagsfraktion und dbb rheinland-pfalz

Diskussion über Doppelhaushaltsentwurf

Dank für hervorragende Leistungen bei der Aufnahme von Flüchtenden

Zu einem vertiefenden Austausch über den in der parlamentarischen Beratung befindlichen Doppelhaushaltsentwurf 2017/2018 trafen sich die Landtagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen und die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz Mitte Januar in Mainz.

► Heißes Eisen Stellenabbau

Dabei erläuterten die Gewerkschaftsvertreter eindringlich

ihre Gründe für die Ablehnung des geplanten Abbaus von 2 000 Stellen in der Landesverwaltung bis 2020. Ohne vorherige Aufgabenreduzierung könne der öffentliche Dienst weiteren Personalabbau nicht verkraften.

Am Beispiel mehrerer Verwaltungssparten verdeutlichten die dbb Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Blick auf die Landeshaushaltsberatungen im Gespräch die bereits jetzt

schwierige Personalsituation im Landesdienst. Die gesetzten Abbauziele seien zu hochgegriffen und müssten angesichts der tatsächlichen Lage in den Dienststellen deutlich nach unten korrigiert werden. Kritisiert wurde das willkürliche Festlegen von aus der Luft gegriffenen Personalabbauzielen ohne vorherige Aufgabenkritik und Aufgabenreduzierung.

Die Vertreter der Grünen-Fraktion verwiesen auf die Schul-

denbremse und die eindeutigen Sparziele der Regierungskoalition. Daraus habe man die Zielzahlen des Personalabbaus zusammen mit den Koalitionspartnern entwickelt. Zunächst gesteckte Sparziele seien entscheidend gewesen für die Abbaufestlegungen, in die Machbarkeitsvorstellungen in einzelnen Bereichen eingeflossen seien. Stellenscharfe Detailpläne seien nicht entstanden, sondern würden in der Verantwortung

der Einzelressorts gefertigt. Im Übrigen rechne man Mitte des Jahres mit Gutachten zur Kommunal- und Verwaltungsreform II. Hierbei werde ein umfassender interfraktioneller Fragenkatalog abgearbeitet, um herausfinden zu können, wo man Verwaltungsebenen zusammenstreichen könne. Dazu werde ein eingehender Dialog auch mit den Gewerkschaften stattfinden.

Die dbb Delegation betonte: Wenn die Politik überreize, blieben

- fachlich versierte Dienstleistungen am Bürger und für die Wirtschaft,
- sinnvoller und sachgerechter Einsatz der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,
- Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Arbeitgeber/Dienstherrn,
- Nachwuchsgewinnung und
- Weiterbildung sowie Gesundheitsmanagement auf der Strecke.

Die Grünen-Abgeordneten unterstrichen, dass Sparen zwingend sei, ein politisches Knirschen sei nicht zu verhindern. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer darin, dass Haushaltsspielräume, die sich künftig aus günstigen Wirt-

schaftsdaten ergeben, auch für das Landespersonal genutzt werden sollten.

Viele Signale zur Auslastung des Personals und zu erschwerter Nachwuchsgewinnung erreichten die Politik. Sie werden, so die Grünen-Abgeordneten, im Landtag ernst genommen.

> **Tarifergebnis-übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger 2017**

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Bernhard Braun bestätigte in diesem Zusammenhang mit Blick auf die damals laufende Tarifrunde, dass die Regierungskoalition die Tarifabschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder für die Beschäftigten des Landes auf die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landes- und Kommunaldienstes im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes übernehmen wolle. Es gebe keine koalitionsären Verabredungen zur zeitlichen Verschiebung oder Ähnlichem. Für den dbb rheinland-pfalz bezeichnete die Landesvorsitzende Lilli Lenz die Tarifübertragung auf



> Pia Schellhammer (Grünen-Parl. Geschäftsführerin), Gerhard Bold (stellvertretender dbb Landesvorsitzender) Dr. Bernhard Braun (Fraktionsvorsitzender), Lilli Lenz (dbb Landesvorsitzende) und die stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Torsten Bach, Elke Schwabl sowie Axel Schaumburger (von links)

Besoldung und Versorgung als selbstverständlich in Zeiten rasant steigender Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst.

> **Fraktion dankt für Leistungen bei Flüchtendenaufnahme**

Thematisiert wurde die oftmals neben den ursprünglichen dienstlichen Aufgaben geschulterte Belastung des Personals im öffentlichen Dienst durch den Zustrom von Asylbegehrenden seit Herbst 2015.

Grünen-Fraktionschef Bernhard Braun dankte den Beschäftigten aller Ebenen des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz. Sie hätten engagiert und leistungsstark zusammen mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in der humanitären Ausnahmesituation dafür gesorgt, dass eine Aufnahme der Menschen schnell organisiert wurde und funktioniert.

Die Gespräche sollen fortgesetzt werden. ■

Bundesverfassungsgericht

Besoldungsrechtliche „Wartefrist“ ist mit dem Grundgesetz unvereinbar

Beschluss vom 17. Januar 2017 (2 BvL 1/10)

Das Bundesverfassungsgericht hat am 10. Februar 2017 mitgeteilt:

„Die im Besoldungsrecht des Landes Rheinland-Pfalz vorgehene ‚Wartefrist‘, wonach ein Beamter oder Richter, dem ein Amt ab den Besoldungsgruppen B 2 oder R 3 übertragen wird, für die Dauer von zwei Jahren das Grundgehalt

der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe erhält, ist mit Art. 33 Abs. 5 GG unvereinbar und nichtig. Die Regelung verstößt gegen hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums und lässt sich auch vor dem Hintergrund des dem Gesetzgeber zustehenden Gestaltungsspielraums nicht rechtfertigen.“

Zu den hergebrachten Grundsätzen gehört demnach auch die Abstufung der Bezüge entsprechend der Wertigkeit der Ämter. Aufgrund der Implementierung der mit dem nächstniedrigeren Amt verbundenen Bezüge durch § 6 d LBesG (alt) hebe sich ein höheres Amt (vorübergehend) besoldungsmäßig nicht von dem

nächstniedrigeren ab. Auch den Anforderungen des Alimentationsprinzips werde die Bestimmung nicht gerecht. Nach einer Beförderung habe ein Beamter ein höherwertiges Amt als zuvor inne. Dieses höherwertige Amt müsse nach dem Alimentationsprinzip Maßstab für seine Besoldung sein.

Die Einführung einer „Wartefrist“ hinsichtlich der Besoldung stellt laut den Karlsruher Richtern eine dem einfachen Gesetzgeber verwehrt strukturelle Veränderung dar.

Der Gesetzgeber muss aufgrund der hergebrachten Grundsätze gewährleisten, dass mit einem höheren Amt auch höhere Bezüge einhergehen. Eine vermeintliche Einarbeitungszeit in einem höheren Amt rechtfertigt somit nicht, von einem Beförderungserfolg in Form eines Besoldungsanstiegs bei Amtsverleihung abzusehen.

Der Kläger des Ausgangsverfahrens war im Jahr 2008 in

Rheinland-Pfalz vom Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht (Besoldungsgruppe R 3) zum Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts (Besoldungsgruppe R 4) befördert worden. Sein Antrag auf Gewährung von Dienstbezügen nach R 4 schon vor Ende der in § 6d LBesG (alt) geregelten „Wartefrist“ war erfolglos; das Verwaltungsgericht hatte seine Klage abgewiesen. Im Berufungsverfahren hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz das Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht die Frage der Verfassungsmäßigkeit von § 6d LBesG zur Entscheidung vorgelegt. Der dbb rheinland-pfalz hatte seinerzeit im Ge-

setzungsverfahren wenigstens die ebenfalls geplante zweijährige Absenkung der Eingangsamtsbesoldung zu Karrierebeginn in Ämtern der Besoldungsordnung A erfolgreich unter Verweis auf Verfassungswidrigkeit mit großem gewerkschaftlichen Druck verhindern können.

Folglich begrüßt der Landesbund den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts und wertet ihn als Bestätigung seiner Rechtsauffassung. Klar ist nun auch, dass fiskalische Sparbemühungen allein kein ausreichender Sachgrund für eine Verzögerung der mit einer Beförderung zwingend einhergehenden besoldungsrechtlichen

Konsequenzen sein können. Die für nichtig erklärte Bestimmung findet im aktuellen Landesbesoldungsgesetz ihre Entsprechung in §§ 32, 35 Abs. 2 LBesG. Die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen wies darauf hin, dass die Bestimmungen zukünftig nicht mehr angewendet werden. Die dazu notwendige Gesetzesänderung solle bei nächster Gelegenheit nachvollzogen werden. Die rund 200 Betroffenen werden in den kommenden Wochen seitens des Landesamtes für Finanzen kontaktiert werden und entsprechende Nachzahlungen erhalten. Die finanziellen Auswirkungen der Entscheidung belaufen sich auf rund 170 000 Euro jährlich. ■

Kreisverband Koblenz

Landeschefin Lilli Lenz zu Gast

„Was bringt Rot-Gelb-Grün für den öffentlichen Dienst?“



> dbb Kreisverbandsvize Rolf Heep, dbb Kreisverbandsvorsitzender Christian Gürke, stellvertretender dbb Landesvorsitzender Jürgen Kettner, dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz und der Debeka-Bereichsleiter öffentlicher Dienst, Stefan Naumann (von links)

(kv) Lilli Lenz, die Vorsitzende des Landesbundes Rheinland-Pfalz des dbb beamtenbund und tarifunion, war am 31. Januar 2017 zu Gast beim Kreisverband Koblenz. Auf Einladung des Kreisvorsitzenden Christian Gürke und dessen Stellvertreter Rolf Heep referierte sie in den Räumlichkeiten der Debeka-Hauptverwaltung zum Thema „Ampel in Rheinland-Pfalz – Was bringt Rot-Gelb-Grün für den öffentlichen Dienst?“. Den Anwesenden wurde aus erster Hand eine Bestandsaufnahme der aktuellen landespolitischen Weichenstellungen präsentiert, welcher die Wahlversprechen der Regierungsparteien gegenübergestellt wurden. Im Fokus standen hierbei die laufende Tarifrunde des öffentlichen Dienstes und der drohende Abbau von 2 000 Stellen in der Landesverwaltung. „Die

Versprechen vor der Wahl und im Koalitionsvertrag werden relativiert und teilweise auf Bonsai-Niveau gestutzt“, so das Resümee der Vorsitzenden.

Zum Stellenabbau kritisierte die Landesvorsitzende insbesondere die fehlende Transparenz in den laufenden Verfahren. Auch vermisse sie die Anerkennung der Landesregierung, dass durch Inklusion, Integration und Flüchtlingsbetreuung eine deutliche Mehrbelastung vom öffentlichen Dienst zu kompensieren ist. In der aktuellen Tarifrunde verhandelt der dbb zäh mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die noch kein Arbeitgeberangebot vorgelegt hat. Die gewerkschaftliche Forderung von sechs Prozent Umfang sei angesichts der vielen Nullrunden der Vergangenheit mehr als angemessen. Daneben ist die zeit- und inhaltsgleiche

Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen/Beamte sowie Versorgungsempfänger/-innen im Landes- und Kommunaldienst erklärtes Ziel. Der Vortrag bot genügend Gesprächsstoff für eine lebhaft

te Debatte im Anschluss an die Veranstaltung. Die Teilnehmer hatten ausreichend Gelegenheit zum Gedankenaustausch und zu persönlichen Gesprächen mit der Landesvorsitzenden. ■

KV Westerwald

Einladung

Besuch im Amtsgericht

Am Dienstag, dem 28. März 2017, haben Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften und -verbände die Möglichkeit, sich ab 16.30 Uhr über die vielfältigen Arbeiten und Aufgaben des Amtsgerichtes Westerburg sowie der unterschiedlichen Berufsbilder am Gericht zu informieren. Das Amtsgericht (Wörthstraße 14, 56457 Westerburg) besteht seit 1972. Sein Gerichtsbezirk umfasst das Gebiet der Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Hachenburg, Rennerod, Wallmerod und Westerburg mit etwa 100 000 Einwohnern. Zu den 56 Mitarbeitern gehören sieben Richter/-innen und zehn Rechtspfleger/-innen.

Anmeldung: Interessierte melden sich bitte bis zum 20. März 2017 per E-Mail beim dbb Kreisverband Westerwald an unter: dbb-Westerwald@gmx.de

durchblick vormals „Der Beamte in Rheinland-Pfalz“ ISSN 0946-7483

Herausgeber: dbb – beamtenbund und tarifunion, landesbund rheinland-pfalz, Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz. Telefon: 06131.611356.

Verlag: dbb verlag gmbh. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin.

Redaktion: Malte Hestermann. Telefon: 06131.611356. Telefax: 06131.679995.

Redaktionsschluss am 1. des Vormonats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0,

Telefax: 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712,

Anzeigentarif Nr. 25, gültig ab 1.10.2016.

Die Zeitschrift „durchblick“ erscheint zehnmal im Jahr. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Lotto Rheinland-Pfalz

Fördernde Fortuna

Interview mit Geschäftsführer Jürgen Häfner

Was ist Lotto Rheinland-Pfalz genau?

Jürgen Häfner: „Das Unternehmen Lotto Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 1948 von den drei rheinland-pfälzischen Sportbünden gegründet, vor allem, um mit der Durchführung von Fußballwetten dem am Boden liegenden Sport wieder auf die Beine zu helfen. Im Laufe der Jahre hat sich das Unternehmen durch die Hinzunahme von vielen weiteren Spielangeboten zu einem Glücksfall für unser Bundesland entwickelt. Seit dem Jahr 2008 ist neben den drei Sportbünden Rheinland, Pfalz und Rheinhessen (49 Prozent) auch das Land Rheinland-Pfalz mit 51 Prozent Hauptgesellschafter des Unternehmens.“

Bei Lotto Rheinland-Pfalz kann man als Spielteilnehmer nicht nur Geld gewinnen. Neben den 50 Prozent aller Spieleinsätze, die wieder an die Spieler ausgeschüttet werden, wandern Tag für Tag 34 Prozent der Spieleinsätze in Form von Steuern und Abgaben in den Landeshaushalt. Alleine im vergangenen Jahr waren dies rund 130 Millionen Euro.“

Neben den Gewinnausschüttungen fließen Gelder gemein-

wohlorientiert in soziale und kulturelle Bereiche. Welcher Einnahmenanteil wird so ausgekehrt und wohin fließt das Geld beispielhaft? Wer ist Partner?

Häfner: „Wie bereits erwähnt, fließen circa 34 Prozent aller Spieleinsätze in den Landeshaushalt.“

Zudem ist sich unser Glücksspielunternehmen als Partner des Sports, Förderer der Kultur und Unterstützer sozialer Initiativen und von Umweltprojekten seiner gesellschaftlichen Verantwortung stets bewusst. Das zeigt sich zum Beispiel in unserer Lotterie Glücksspirale, von der unmittelbar sechs Destinatäre profitieren: der Landessportbund, die Sporthilfe, die LIGA der freien Wohlfahrtspflege, die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, die rheinland-pfälzische Stiftung Natur und Umwelt sowie der Landesmusikrat. Und von der Lotterie Bingo profitiert neben der Stiftung Natur und Umwelt auch das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk (ELAN).

Darüber hinaus fördern wir mit unserer Lotto-Stiftung Jahr für Jahr rund 1 000 große und kleine Projekte und helfen somit unmittelbar und direkt da, wo

die Menschen der Hilfe bedürfen. Mit unserer jährlichen Spendenaktion unter dem Motto ‚Kinderglück‘ sammeln wir unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsidentin Malu Dreyer seit 2008 jedes Jahr für Kinder in Not und haben auf diese Weise schon rund 1,5 Millionen Euro zusammengetragen.“

Manchmal kommt es bei „6 aus 49“ oder im Eurojackpot zu Jackpots, aber auch normale Auspielungen führen auf sehr hohe Gewinne, die natürlich Spielanreiz sind. Ist das der einzige Grund für hohe Gewinnsummen? Warum erfolgt keine „flachere“ Verteilung über die Gewinnklassen?

Häfner: „Das ist eine Frage, die uns immer wieder gestellt wird. Ich kann nur sagen, dass die Jackpotentwicklung, so wie sie sich darstellt, ausdrücklicher Wunsch unserer Kunden ist. Wir merken dies auch an den Umsätzen. Wenn sich ein sehr hoher Geldbetrag aufgebaut hat, steigen die Spieleinsätze um ein Vielfaches an. Es ist ein kaum erklärbares Phänomen, aber es hat sicher etwas damit zu tun, dass jeder Mensch den großen Wunsch der finanziellen Freiheit in sich trägt. Das kann man auch so ausdrücken, dass ein Lottoschein die Baugenehmigung für Luftschlösser ist.“
Weitere Infos unter: www.lotto-rlp.de.



> Lotto-Rheinland-Pfalz-Geschäftsführer Jürgen Häfner und dbb Landeschefin Lilli Lenz.